

Substanzielles Protokoll 125. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Donnerstag, 12. Dezember 2024, 21.00 Uhr bis 23.47 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Sonja Haller

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2024/421 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025 | STR |
| 11. | 2024/555 E | Postulat der AL-Fraktion vom 04.12.2024:
Professionalisierung der Vermietungs- und Bewirtschaftungs-
prozesse bei den durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ)
bewirtschafteten Wohnliegenschaften | VS |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2025**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 124, Beschluss-Nr. 4074/2024).

Beschlüsse:

Antrag 094.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): *Sport hat eine grosse gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Er kann Frauen und Mädchen stärken und einen Beitrag zur Geschlechtergleichstellung leisten. Die UEFA Women's Euro 2025 gibt Zürich die Möglichkeit, Frauen- und Mädchensport in den Fokus zu stellen. Das ist aus sportlicher und gesellschaftlicher Sicht ein Gewinn. Es wäre schön, wenn sich die Strahlkraft des sportlichen Wettbewerbs auf die Kennzahl des Mädchenanteils in der Produktegruppe 2 Sportförderung und Beratung im Globalbudget des Sportamts auswirkt. Der grundsätzlich erfreuliche Zuwachs bei Mädchen und Jungen läuft bisher im Gleichschritt. Darum hat sich deren relativer Anteil nicht gross verändert. Das kann sich im Jahr 2025 verbessern. Dieser Antrag soll die positiven Bestrebungen der Stadt akzentuieren und in die einzelnen Aktivitäten hineinfließen. Mit dem Sportförderungsprojekt Atleta soll der Mädchenanteil im städtischen Vereinssport erhöht werden – besonders dort wo er noch gering ist. Die erwähnten Begleitmassnahmen umfassen finanzielle Unterstützung von Projekten von Drittorganisationen zur Mädchen- und Frauenförderung im Fussball aber auch vielen anderen Sportarten und für niederschwellige Projekte mit Sportbezug. Die für die Massnahmen und Projekte verantwortlichen Personen stehen miteinander im Austausch, um Synergien und Ressourcen zu nutzen und zu teilen. Diese Massnahmen sollten es uns wert sein, den budgetierten Betrag zu erhöhen, da sie allesamt der Förderung der sportlichen Teilhabe von Frauen und Mädchen – besonders aus sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten – und der Förderung von Vielfalt und Inklusion dienen.*

Sven Sobernheim (GLP): *Mit den Begleitmassnahmen zur UEFA Women's Euro 2025 sind 850 000 Franken für Mädchensport im Budget enthalten. Hiervon sind 500 000 Franken für Züri Kick und 250 000 Franken für weitere Projekte vorbehalten. Man kann immer der Meinung sein, dass es noch mehr benötige. Für eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist nicht klar, wieso genau jetzt dieser Betrag erhöht werden soll. Dieser Antrag hätte bei der Beratung der Weisung angebracht werden können.*

Weitere Wortmeldungen:

Leah Heuri (SP): Der Antrag wurde relativ kurzfristig vorgebracht, darum enthielt sich die SP in der Kommissionsabstimmung. Nun unterstützt sie ihn, da er etwas Gutes beantragt.

Përparim Avdili (FDP): Die FDP war wegen der Kurzfristigkeit des Antrags ebenfalls in der Enthaltung und wechselt nun in die Mehrheit. Wieso der Antrag gestellt wurde, haben wir nicht verstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Dieser Betrag ist unnötig, da wir uns bereits sehr für die jungen Frauen engagieren. Mit dem erhaltenen Budget machen wir bereits alles, was wir können. Geld, um die Mädchen zu fördern, haben wir bereits genug und hier wird es uns unverständlicherweise nachgeworfen.

S. 185	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5070	Sportamt			
	PG 2	Sportförderung und Beratung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			21 954 900	Mehrheit
			300 000	22 254 900	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung:	Zusätzliche Mittel für die Förderung des Mädchensports; Verteilung auf drei Positionen: Projekt Atletas Fr. 200 000, Unterstützung für neue und bestehende Projekte Fr. 50 000 und Unterstützung für niederschwellige Kleinprojekte Dritter Fr. 50 000		
					Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
					Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 095.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Luca Maggi (Grüne): *Es steht für uns in keinem Verhältnis, dass man im Sozialinspektorat mit Detektiven auf Menschen losgeht, die von ihrem Recht auf Sozialhilfe Gebrauch machen. Dass man als Sozialhilfebezüger*in in Zürich befürchten muss, verdeckt überwacht zu werden, ist unverhältnismässig. Die grundsätzliche Rechtsfrage, ob diese Sozialinspektoren mit der europäischen Menschenrechtskonvention zu vereinbaren sind, ist offen. Die Grünen stellen diesen Antrag jedes Jahr. Bis jetzt scheiterten wir an den fehlenden Stimmen der SP. Im letzten Jahr konnten wir dank eines Postulats von Anjushka Früh (SP) und mir den Weg ebnen, um dieser unwürdigen Geschichte des Sozialinspektorats hoffentlich ein Ende setzen zu können. Wir anerkennen, dass der Stadtrat durch den Prüfauftrag ein weiteres Jahr Zeit hat, sich der Sache zu widmen. Trotzdem wären wir daran interessiert, zu erfahren, wo wir hier stehen und was die Ideen sind, wie man mit diesem Sozialinspektorat zukünftig weiterfahren will. Es ist keine Frage des Könnens sondern eine des politischen Willens. Den Antrag halten wir auch in diesem Jahr aufrecht und hoffen, dass wir spätestens Ende des Jahres 2025 eine klare Antwort auf diese Frage haben.*

Përparim Avidli (FDP): *Der Antrag, der das ganze Team des Sozialinspektorats angreift, erfolgt jedes Jahr. Seitens der Mehrheit der RPK folgt darauf immer dasselbe Votum. Ein kantonales Gesetz regelt den Einsatz des Sozialinspektorats. Es werden keine Grundrechte oder dergleichen verletzt. Es geht darum, im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit zu verstehen, wie die Steuergelder eingesetzt werden. Dafür gibt es nebst dem Sozialinspektorat weitere Stellen. Es soll nicht Vertrauen missbraucht oder in die Privatsphäre eingegriffen werden. Der Vorsteher des Sozialdepartements meinte letztes Jahr, dass das Volk zu dieser Frage befragt werden soll, wenn es den Grünen mit dieser Sache ernst ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Anjushka Früh (SP): *Bei der Überweisung unseres Postulats stellte ich klar, dass es uns wichtig ist, dass der Stadtrat Zeit hat, Änderungen im Sozialinspektorat vorzunehmen und uns verschiedene Ansätze aufzeigen kann. Darum unterstützen wir den Antrag auch dieses Jahr nicht. Allerdings bin ich wie Luca Maggi (Grüne) sehr interessiert daran, spätestens in einem Jahr vom Stadtrat erste Informationen zur Umsetzung zu erhalten.*

Sven Sobernheim (GLP): *Warum Sie diesen Antrag noch stellen, verstehe ich nicht. STR Raphael Golta meinte vor einem Jahr klar: «Wenn Sie wollen, dass entsprechende Massnahmen ergriffen werden, müssen Sie einen Beschluss fällen, der dem fakultativen oder obligatorischen Referendum untersteht. Dann müssen Sie bereit sein, in eine Volksabstimmung zu gehen. Sollte die Volksabstimmung in Ihrem Sinne entschieden werden und die Abschaffung erfolgen, dann werden wir Folge leisten, ansonsten nicht». Es ist klar, dass wir im Budget und mit dem Postulat machen können, was wir wollen – der Stadtrat wird nur eine Volksabstimmung respektieren und alles andere nicht. Abzuwarten, was der Stadtrat in einem Jahr zum Postulat meint, bringt nichts.*

Karin Stepinski (Die Mitte): Wie letztes Jahr lehnt die Die Mitte/EVP-Fraktion diesen Antrag ab. Die meisten Sozialhilfeempfänger sind anständige Leute, die das Geld tatsächlich bedürfen. Es ist Fakt, dass sehr wenige Observationen gemacht werden. Sie sind reglementiert und es benötigt einen Bezirksratsbeschluss dafür. Menschen werden nicht ins Blaue hinaus ausspioniert. In den meisten Fällen wird das Sozialinspektorat tätig, nachdem Sozialarbeiter einen Verdacht hegen. Letztere werden über die Arbeit des Sozialinspektorats ein Stück weit entlastet. Da sie eine Vertrauensbeziehung zu ihren Klienten haben, ist es sinnvoll, dass eine andere Fachstelle dem Verdacht nachgeht und diesen womöglich enthärten kann. Sozialhilfe beziehende Menschen stehen oft unter dem Generalverdacht arbeitsscheu zu sein und ich bin überzeugt, dass es dem entgegenwirkt, wenn die schwarzen Schafe entfernt werden.

Moritz Bögli (AL): Es gibt keine andere Gruppe, die in der Schweiz unter Generalverdacht gestellt wird. Das Sozialinspektorat ist nichts anderes als ein Klassenkampf von oben. Die rechten Mehrheiten auf kantonaler und nationaler Ebene versuchen uns zu verkaufen, dass von den Schwächsten unserer Gesellschaft ein riesiger Betrug geschähe. Das entspricht nicht der Realität. Alle wissen, wo man ansetzen müsste, wenn man wirklich die Menschen zur Rechenschaft ziehen wollen würde, die den Staat um viel Geld bringen – nicht bei den Schwächsten, sondern bei den Reichsten. Das wollen die Rechten in unserem Land aber nicht, da sie von ihnen finanziert werden. Das Sozialinspektorat ist unsozial und hat nichts in dieser Stadt verloren.

Michele Romagnolo (SVP): Sozialdetektive abzuschaffen, wäre kontraproduktiv. Wieso seid ihr dagegen, dass man Sozialdetektive für die Überwachung von mutmasslichen Simulanten einsetzt? Wenn man nichts zu verbergen hat, hat man nichts zu befürchten. Bei fragwürdigen, aber echten Fällen kann man Zweifel ausräumen. Zudem hat am 7. März 2021 das Stimmvolk von Zürich die Rechtsgrundlage für den Einsatz der Detektive mit 68 Prozent Zustimmung gutgeheissen und geregelt.

S. 438	55 5500 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
095.	Antrag Stadtrat			6 987 900 253 400 N	Mehrheit Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			649 300	6 592 000	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag (AL)
				Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wies- mann (SP)
		Begründung:	Verzicht auf das Sozialinspektorat (Streichung der budgetierten 5,3 Stellen); keine Überwachung von Sozialhilfebeziehenden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 096.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Die Pflichtleistung für die Asylorganisation Zürich (AOZ) soll komplett gestrichen werden. Die SVP ist auf allen Staatsebenen gegen die Willkommenskultur im Asylwesen. Leider gibt es schutzbedürftige Flüchtlinge. Gegen diese wehren wir uns nicht. Diese sollen den Schutz in der Schweiz geniessen und wieder zurück in ihr Heimatland, wenn die Gefahr vorüber ist. Leider hat gerade die Hätschelpolitik der Zürcher dazu geführt, dass die Kosten im Asylbereich der Stadt so hoch sind, dass sie über das vom Bund verlangte Minimum hinausgehen. Aus diesem Grund beantragen wir symbolisch eine massive Kürzung der Ausgaben. Die Stadt soll die Vorgaben des Bundes unterschreiten und ein deutliches Signal nach Bern schicken: «Lieber Herr Bundesrat Jans, es reicht uns Zürchern». Wir wollen nicht mehr so viel für die verfehlte Politik im Asylwesen bezahlen. Wenn kein Druck von unten kommt, wird das Problem weiter eskalieren.

Pärparim Avdili (FDP): Die Stadt soll sich laut SVP gegen übergeordnetes Recht wenden. Das ist nicht im Sinn unserer Bürgerinnen und Bürger. Der Verdacht ist gross, dass die SVP nicht nur eine symbolische Reduktion um den zufällig erscheinenden Betrag von zwölf Millionen Franken will, sondern sämtliche Ausgaben in diesem Bereich abschaffen möchte. Da es sich um übergeordnetes Recht handelt, ist die Sache viel zu komplex, als dass man einfach über das Budget eingreifen kann. Darum lehnt die Mehrheit der RPK den Antrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Die Zahl ist nicht zufällig. Man kann in diesem Bereich gut 22 Millionen Franken streichen. Zehn Millionen Franken hat der Stadtrat im Novemberbrief bereits selbst gestrichen. Auf die restlichen zwölf Millionen Franken kann unserer Meinung nach auch noch verzichtet werden.

S. 440	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3634 00 100	Beiträge an AOZ für Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
096.	Antrag Stadtrat			58 378 500	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP)
				-10 365 200	N	Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		12 000 000		36 013 300	Minderheit	Johann Widmer (SVP)
						Referat
		Begründung:	Der Stadtrat soll darauf hinwirken, dass er weniger ausgeben muss. Höhere städtische Pflichtleistungen sind zu vermeiden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 097. und 098. (Postulat GR Nr. 2024/555)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4045/2024): Die AOZ stellt im Auftrag der Stadt Zürich die Unterbringung von Personen im Asylbereich sicher. Um den Auftrag zu erfüllen, mietet die AOZ Wohnraum an. Das Portfolio umfasst Stand Oktober 2024 98 Liegenschaften und 364 Einzelwohneinheiten mit 3454 Nettoplätzen. Unterhaltsarbeiten fallen dort an, wenn ganze Liegenschaften mit langfristigen Mietverträgen angemietet sind und durch Untervermietung oder Beherbergungsverträge an Familien mit Bleiberecht vergeben werden. Eine hohe Belegung von Zimmerzahl mal zwei ist üblich und Umsiedlungen, die sich teilweise ergeben, erhöhen die Anforderungen an die Bewirtschaftung ebenfalls. Bei dieser geht es um angemessene Reinigung von Allgemeinflächen, einfache Reparaturarbeiten und die Anwesenheit einer Person in der Hauswartung. Die Leitung der AOZ hat aufgrund verschiedener Vorfälle erkannt, dass eine förderliche Wohnsituation nicht überall gegeben ist. Für eine wesentliche Behebung von Baumängeln in den temporären Liegenschaften und für eine Änderung in den personellen Ressourcen der Fachbearbeitung der Abteilung Wohnliegenschaften passt die AOZ ihr Budget für das Jahr 2025 an. Für eine nachhaltige Umsetzung sind finanzielle und personelle Ressourcen nötig. Die Mittel sollen der AOZ mit der Erhöhung der Beiträge für städtische Pflichtleistungen zur Verfügung gestellt werden. Die Konkretisierung des Leistungsauftrags ist Sache des Sozialdepartements, das die Pflichtleistungen spricht. Das Begleitpostulat fordert in Ergänzung zur Erhöhung des Betrags auf dem Konto einen professionalisierteren Prozess bei der Übergabe und Abgabe von Wohnungen und im gesamten Vermietungsprozess. Besonders bei Umsiedlungen von Kindern und Jugendlichen sollten die Interessen der Mieter*innen besser berücksichtigt werden. Bisher ist diese Sache nur in einer Vereinbarung über Rechte und Pflichten geregelt, was mit dem Begleitpostulat verändert werden soll.

Përparim Avdili (FDP): Den Antrag finde ich absurd. Das Problem ist nicht zwingend ein finanzielles, sondern könnte auch aufgrund von Missmanagement aufgetreten sein. Das ist bereits bekannt und das Problem kann mit den bestehenden Ressourcen gelöst werden. Laut Antwort der AOZ sei bereits Personal vorgesehen, um das Problem zu lösen. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Patrik Brunner (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Das Postulat ist gut gemeint, aber unnötig. Die AOZ kriegt das benötigte Geld bereits vom Sozialdepartement (SD). Der Antrag setzt Fehlanreize. Das Mietrecht regelt nämlich bereits die Seite des Vermieters. Wenn am Objekt etwas nicht in Ordnung ist, muss das der Vermieter und nicht die AOZ auf Kosten von Steuergeldern regeln. Sonst würde jeder seine Immobilie der AOZ vermieten wollen, im Wissen, dass sie mit Steuergeldern renoviert wird. Die FDP lehnt den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Auch nach mehrmaligem Nachfragen ist mir nicht klar, was der Ursprung der Problematik und der Bedarf für diesen Budgetantrag ist. Darum lehnen wir ihn ab. Dem Postulat stimmen wir aber zu. Denn wenn die Prozesse nicht stimmen sollten, muss man sie überprüfen.

Barbara Wiesmann (SP): Die SP unterstützt das Postulat und den Antrag. Der Zustand der Liegenschaften hat einen grossen Einfluss auf die Lebensqualität, aber auch auf die Teilhabe und die Selbstständigkeit der Bewohnenden. Das Vorhaben, die personellen

und finanziellen Ressourcen für den Unterhalt zu erhöhen, unterstützen wir. Den besonderen Fokus auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen begrüßen wir ebenfalls. Für die ist eine gute Wohnsituation speziell wichtig.

Tanja Maag (AL): Ich gehe auf die Anteile ein, die jeweils die AOZ und Dritte, denen die Liegenschaft gehört, leisten. Die Hauswartung wird von der AOZ gestellt. Nicht bei allen Arbeiten ist es so, dass sie an Dritte weitergegeben werden. Es gibt keine Quelle für die Missstände, da keine Häuser zusammenfallen. Die AOZ unternimmt Bestrebungen, Baumängel zu beheben. Das ist ein minimaler Aufwand, der im Vergleich zum Gesamtbetrag moderat ist, der aber die Lebensumstände von Menschen verbessern kann.

Johann Widmer (SVP): Hier stimmen wir mit dem Stadtrat. Bei der RPK-Debatte verstand ich nicht, ob das Problem darin besteht, dass die Reinigungsbeauftragten nicht sauber arbeiten oder ob es zusätzlich dreckiger ist als normal. Es zeugt von einer menschenverachtenden Haltung gegenüber Asylanten, wenn angenommen wird, dass sie dreckiger sind als andere Menschen. Was die AL will, erschliesst sich mir nicht.

Yves Henz (Grüne): Den Vorwurf der SVP möchte ich im Namen der linken Ratsseite scharf zurückweisen. Es geht lediglich darum, Missstände zu beheben. Die Grünen wollen diese gerade bei vulnerablen Menschen beheben.

Karin Weyermann (Die Mitte): Auch wir verstanden nicht ganz, woher der Antrag kam. Er ist nicht zielführend, darum lehnen wir den Betrag ab. Beim Postulat schliessen wir uns den Worten der GLP an und gehen davon aus, dass die Bedenken der FDP berücksichtigt werden. Es soll geklärt werden, ob für die Behebung der Missstände die AOZ oder der Vermieter zuständig ist. Das Postulat unterstützen wir in diesem Sinn.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Bereits bei der Diskussion über die Unterbringung von Geflüchteten in Zivilschutzanlagen und unterirdischen Einrichtungen wies ich darauf hin, dass die Unterbringung von geflüchteten Menschen aktuell eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Das hat auch mit der Menge an geflüchteten Menschen zu tun. Die AOZ und andere städtische Stellen müssen sich zur Decke strecken, um genug Platz zu finden. Die Frage der angemessenen Unterbringung von Geflüchteten ist ein Thema, das uns noch länger beschäftigen wird. Tatsächlich besteht ein gewisser Handlungsbedarf. Ich wäre vorsichtig damit, die Verantwortung zu früh der einen oder anderen Stelle zuzuschieben, da die Rahmenbedingungen nicht einfach sind. Das ist unter anderem der Fall, weil wir verpflichtet sind, die Geflüchteten innerhalb der Stadt unterzubringen. Es bedeutet auch, dass wir auf den Wohnraum angewiesen sind, den andere nicht unbedingt nutzen wollen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, da wir das Thema mit seinen verschiedenen Faktoren und Lösungswegen betrachten müssen. Sollte die Lösung finanzieller Natur sein, werden die entsprechenden Kredite unabhängig vom heutigen Entscheid gesprochen werden. Die Sache wollen wir aber erst betrachten, bevor das Geld gesprochen wird.

S. 440	55 5500 3634 00 104	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an AOZ für städtische Pflichtleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				39 758 400 193 700 N	Mehrheit
				500 000	40 452 100	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Die Routine-Unterhalts-, Reinigungs- und Hauswartungsarbeiten in von der AOZ angemieteten Liegenschaften sollen in konstant guter Qualität gewährleistet und ein begleiteter Vermietungsprozess für die Bewohnenden implementiert werden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Der Ratspräsident ordnet die Wiederholung der Abstimmung an.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmung: *Ich bitte Sie, die Abstimmung zu wiederholen. Was beim ersten Mal schiefgelaufen ist, möchte ich nicht mutmassen.*

Lisa Diggelmann (SP): *Die Unterstellung, dass geschummelt wird, möchte ich zurückweisen. Offensichtlich gibt es Menschen, die eine andere Haltung haben, als ihre Partei vorgibt und anders stimmen. Bei uns ging alles mit rechten Dingen zu.*

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist unschön, wenn es überraschende Resultate gibt, weil Menschen die Abstimmungstasten falsch drücken, doch das gehört dazu. Ehrlicherweise finde ich es schwierig, die Abstimmung nochmals zu wiederholen, auch wenn ich gegen deren jetziges Ergebnis bin. Darum schlage ich vor, mit der Einstellung des Betrags weiterzufahren.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die Worte von Lisa Diggelmann (SP) kann ich nur unterstreichen. Abstimmen, bis die bürgerliche Seite Recht bekommt, geht gar nicht. Es gab bereits beim ersten Abstimmungsgang keinen Verdacht, dass irgendetwas falsch gelaufen ist. Ein drittes Mal soll sicher nicht abgestimmt werden.*

Stefan Urech (SVP): *In der Budgetdebatte wurden bereits mehrere Male Abstimmungen wiederholt. Offensichtlich ist wieder ein Fehler passiert.*

Dem Ordnungsantrag wird mit 57 gegen 54 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

4098. 2024/555

**Postulat der AL-Fraktion vom 04.12.2024:
Professionalisierung der Vermietungs- und Bewirtschaftungsprozesse bei den durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) bewirtschafteten Wohnliegenschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 097.

Tanja Maag (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4045/2024).

Patrik Brunner (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Die Stadt bezahlt für Integrationsleistungen von Asylanten. Die Bestrebungen sind teilweise verschwendetes Geld. Wenn es nicht der Wunsch eines Zugewanderten ist, sich zu integrieren, wird er es auch mit viel Geld nicht machen. Sollte er sich nicht von seinen kulturellen Wurzeln abwenden wollen, kann man ihn nicht zwingen, aber es könnte für unsere Kinder und Frauen gefährlich werden. Darum respektiert man am besten ihre Weltanschauung, sorgt aber dafür, dass sie in ihrem eigenen Land leben können und schafft die nicht Integrierbaren wieder aus, statt viel Geld für sie auszugeben. Sparen wir dieses Geld für die Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung.

Përparim Avdili (FDP): Diese Leistungen kann die Stadt selbstständig sprechen. Verschiedene Projekte wie Freiwilligenarbeit, die Betreuung von Kindern und jungen Erwachsenen und weiteren werden mit diesem Betrag finanziert. Diese sind im Namen der Mehrheit der RPK unterstützenswert. Darüber, wie wirksam sie punktuell sind, kann man streiten. Um das geht es in diesem Antrag nicht, da der gesamte Betrag gestrichen werden soll. Das ist für mich nicht logisch. Für die Integration von Menschen muss der nötige Rahmen geschaffen werden, auch wenn es dafür auch Eigenmotivation braucht. Angenommen, dass der Antrag angenommen würde, ist dessen Umsetzung schwierig, da die Leistungen bereits versprochen wurden und im Gang sind. Das weiss die SVP und stellt den Antrag trotzdem.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Der gefährlichste Ort für Frauen ist das eigene Zuhause. Wenn irgendjemand meint, dass Frauen und Kinder wegen Flüchtlingen in diesem Land gefährdet sind, bringt das für mich das Fass zum Überlaufen. Das ist absurder Populismus, der nichts mit der Statistik zu tun hat. Wenn wir von Gewalt an Frauen sprechen, geht es um ihr Zuhause und Beziehungstaten, nicht um Flüchtlinge.*

Yves Henz (Grüne): *Ich möchte mich Sven Sobernheim (GLP) anschliessen. Die Aussagen von Seiten der SVP sind rassistisch und inakzeptabel. Ich erwarte, dass der Ratspräsident bei solchen Worten das nächste Mal einschreitet, da sie diesem Rat nicht würdig sind.*

S. 440	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3634 00 105	Beiträge an AOB für besondere städtische Integrationsleistungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
099.	Antrag Stadtrat			20 920 500 -300 N	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		20 920 200			0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Keine Mittel für Integrationsleistungen für die AOB				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 100. und 101.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) war einst eine sehr nötige Institution. Es unterstützte die Schweizer Arbeiter, die es sehr schwer hatten. Die einst gute Institution wich von ihrem Hauptzweck ab. Heute geht es den Arbeitern der Schweiz gut, da sie in den Bereich des Mittelstands rückten und das SAH wurde obsolet. Nun widmet es sich anderen, vom «woken» Zeitgeist geprägten Aufgaben. Sie schreiben: «Die Plattform Agenda 2030 ist ein Zusammenschluss von 50 zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Gender, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften sowie Gewerkschaften». Sie spielen sich als Anwälte in Migrationsfragen auf und helfen abgewiesenen Asylsuchenden, dass sie trotzdem hier bleiben können. Das SAH ist die treibende Kraft in vielen Verschlechterungen im Asylwesen, die dazu führen, dass man heute fast niemanden zurückschicken kann. Sie schreiben, dass sie politisch neutral seien, aber das stimmt nicht. Sie bestätigen nur, dass sie sich in der Sozialindustrie betätigen und für ihre parallelen Tätigkeiten von vielen Kantonen Steuergelder erhalten. Die Stadt soll ihnen kein*

Geld sprechen, da sie bereits genug von Gewerkschaften und anderen erhalten. Sie sollen ihre Tätigkeit weiterführen, aber nicht mit städtischen Steuergeldern.

Pärparim Avdili (FDP): *Die Haltung der SVP kann man teilen oder nicht. Die Beiträge für die SAH-Angebote Etcetera und impuls wurden für die Beitragsjahre 2023–2027 bereits gesprochen und sind gebunden. Was wir heute abstimmen, hat keinen Einfluss. Darum empfehlen wir, den Antrag abzulehnen.*

S. 441	55 5500 3636 00 121	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH Zürich für das Angebot Etcetera				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				289 700	Mehrheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			289 700		0	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Das Relikt aus dem letzten Jahrhundert (SAH) soll nicht mehr unterstützt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 101.

Wortmeldungen siehe Antrag 100.

S. 442	55 5500 3636 00 122	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH Zürich für das Angebot impuls				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat				334 100	Mehrheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			334 100		0	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Das Relikt aus dem letzten Jahrhundert (SAH) soll nicht mehr unterstützt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 102.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Gewaltbetroffene in der Stadt sollen wissen, dass es ein Frauen- und Mädchenhaus gibt, in dem sie Schutz suchen können. Dessen Bekanntmachung ist der erste Schritt, wofür es Öffentlichkeitsarbeit braucht. Die Idee ist, dass die Mädchen- und Frauenhäuser mit dem eingestellten Geld auf diesem Konto Öffentlichkeitsarbeit machen und ihre Bekanntheit steigern können. Es gibt in der Schweiz nur in der Stadt Zürich ein Mädchenhaus. Das Frauenhaus leistet ebenfalls sehr wichtige Arbeit, aber dort fehlt es an Plätzen. Es bräuchte schweizweit vier Mal mehr Plätze in Frauenhäusern. In diesem Antrag geht es um die Sichtbarmachung, aber die Baustelle ist noch viel grösser. Hier hätte die SVP die Möglichkeit, wirklich etwas für Gewaltbetroffene zu machen, aber sie sind natürlich nicht dabei. Es ist peinlich, diesen Antrag drei Minuten nach dem vorherigen Votum abzulehnen.

Johann Widmer (SVP): Hier vertrete ich die Minderheit und den Stadtrat. Es geht um die Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeit. So weit ich weiss, wollen die Bewohnerinnen nicht öffentlich ausgestellt werden. Es sollte auch nicht genau bekannt sein, wo die Häuser stehen und welche Arbeit sie leisten. Der Schutz der Bewohnerinnen müsste in diesem Gemeinderat logisch sein.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): Die FDP steht grundsätzlich hinter dem Anliegen, wenn es wirksam umgesetzt werden könnte. Nun ist es nach Abklärungen mit dem Vorsteher des Sozialdepartements aber so, dass es keinen Antrag des Frauenhauses dafür gibt. In der Konsequenz und für die Konsistenz zu anderen Rahmenanträgen wechseln wir von der Mehrheit in die Minderheit, da wir nicht in vorseilendem Gehorsam Beträge sprechen möchten.

Karin Stepinski (Die Mitte): Ich schliesse mich Përparim Avdili (FDP) an. Es widerspricht unserer Linie im Abstimmungsverhalten. Die Motivation für das Anliegen sehen wir, aber die Institutionen müssen einen Antrag stellen. Im Rahmen der Budgetdebatte finden wir es nicht zielführend, solche Beträge zu sprechen.

Samuel Balsiger (SVP): Gewalt ist immer abzulehnen und zu verurteilen. Wenn Sie das Problem benennen wollen, müssen Sie anerkennen, dass häusliche Gewalt eher von Ausländern begangen wird. Dafür gibt es eine Untersuchung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Sophie Blaser (AL): Die SVP-Fraktion ist die letzte Fraktion, die behaupten kann, dass sie die Position von Frauen vertreten. Selbst wenn stimmen sollte, was Samuel Balsiger (SVP) in seinem Votum ausführte, verstehe ich nicht, wieso man dann Frauen und Mädchen nicht vor dieser Gewalt schützen sollte. In diesem Antrag geht es um Öffentlichkeitsarbeit und nicht darum, eine Karte zu erstellen, wo die Häuser sind. Das Angebot und wie man dahin kommt, wenn man das Schutzbedürfnis hat, sollen lediglich bekannter gemacht werden. Es ist bezeichnend, dass sowohl Frauen als auch Männer in den meisten Fällen vor Männern geschützt werden müssen.

S. 442	55 5500 3636 00 134	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge für Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
102.	Antrag Stadtrat			69 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
			30 000	99 200	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Frauen- und Mädchenhaus: Mitfinanzierung der Öffentlichkeitsarbeit				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 103.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Alle Parteien ausser der SVP stellen immer mehr Ausgaben für unnütze Projekte. Die Ausgaben starten immer klein und werden dann immer grösser. Morgen werde ich auch bei der Gleichstellungsstelle der Stadt 25 200 Franken für Männerprojekte fordern. Ihr wollt ein Gleichstellungsbüro und schafft es nicht, wahre Gleichberechtigung zu leben. Das ist verlogen. Darum müssen die 25 200 Franken wieder aus dem Budget heraus.

Përparim Avdili (FDP): Wenn die Ausgaben zu hoch werden sollten, werden wir es mit dem Vorsteher des Sozialdepartements genauer betrachten. In diesem Fall soll es ein kleines Budget für Spontananträge geben, die der Vorsteher sprechen kann. Der Rahmen ist vernünftig, darum stimmen wir dem Budget zu.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): In den letzten Jahren blieb der Betrag für den Freien Kredit für Frauenprojekte gleich.

S. 442	55 5500 3636 00 136	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Freier Kredit für Frauenprojekte				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat			25 200	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			25 200		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Angesichts der im Finanz- und Aufgabenplan prognostizierten angespannten Finanzlage der Stadt sollen keine neuen Projekte mehr gestartet werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Von den vielen fehlgeschlagenen Projekten lässt sich die Fansozialarbeit des Fussballclubs Zürich (FCZ) mindestens in den Top 3 verorten. Die Fange-walt nahm über die letzten Monate und Jahre immer mehr zu. Die Fansozialarbeit be-hauptet seit Jahren, dass sie erfolgreich Gewaltprävention betreiben. Dass das Gegen-teil der Fall ist, sehen wir auf der Strasse vor und nach Fussballspielen. Von verschiede-nen Quellen aus der Szene wurde uns zugetragen, dass die beiden Fansozialarbeiter in der Südkurve kaum verankert sind und kein Ansehen geniessen. In deren letztem Jah-resbericht steht: «Die Gewalt wird medial oft sehr hochgespielt» und sei gar nicht so schlimm. «Die Aggressionen gehen in vielen Fällen auch von Seiten der Polizei aus und nicht von den Fussballfans». Da frage ich mich, wie meine bürgerlichen Ratskollegen nicht nur die Weiterführung des Betrags, sondern auch dessen Erhöhung mittragen kön-nen.

Sven Sobernheim (GLP): Die Weisung ist in der Kommission ausstehend. Dort wird die Diskussion geführt werden und der Rat beschliesst anschliessend über sie. Es gibt kei-nen Grund, das im Budget zu behandeln.

S. 443	55 5500 3636 00 186	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Verein Fansozialarbeit FCZ				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
104.	Antrag Stadtrat			130 000	Mehrheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		130 000		0	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Es soll endlich gehandelt werden. Der FCZ ist mittels Vertragskündigungen im Stadion und Kürzung sämtlicher Mittel dazu zu zwingen, dass er endlich seine gewaltbereiten Fans in den Griff bekommt.			

Ausstand: Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 105.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Offensichtlich ist die SVP nicht zufrieden mit der Arbeit des Sozialdepartements. Es ist erstaunlich, welche Beträge man beim Betrachten des Budgets findet. Jeder kleine Verein kriegt etwas, so auch das Transgender Network. Der Verein hat einen Zweck, den es gar nicht geben sollte und das wird mit Steuergeldern unterstützt. Das geht zu weit. Wer sich vom Angebot angesprochen fühlt, soll dem Verein beitreten und einen Beitrag bezahlen. Damit kann er sich finanzieren und dagegen ist nichts einzuwenden. Leider hat es der Verein aber auch auf Kinder abgesehen. Die Grundrechte der Kinder werden verdreht und die Integrität der Kinder wird beeinträchtigt, indem im Kindergarten Werbung für den Verein gemacht wird. Die Verbindung zur Pädophilie ist empörend. Ein solcher Verein soll keinen Rappen aus Steuergeldern erhalten.*

Përparim Avdili (FDP): *Der Antrag wurde eingereicht, ohne dass in der RPK eine Diskussion dazu geführt wurde. Der Verein stellt eine unabhängige Rechtsberatung für Betroffene und ihr Umfeld zur Verfügung. Da diese laut Stadtrat notwendig ist, stimmt die Mehrheit gegen den Antrag der SVP.*

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): *Die Non-Governmental Organization (NGO) Transgender Network macht extrem wichtige Arbeit. Sie berät Trans-Menschen, aber auch deren Umfeld und Arbeitgebende. Trans-Menschen sind extrem stark von Gewalt und Marginalisierung betroffen. Sie müssen sich Dinge, wie Johann Widmer (SVP) sie nannte, jeden Tag anhören und dass diese auch in diesem Rat reproduziert werden, ist unglaublich daneben, entwürdigend und diskriminierend. Wir danken dem Transgender*

Network für seine wichtige Arbeit. Es wurde gerade wieder gezeigt, warum es diese braucht.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Wieder einmal wurden wir Zeugen von der strukturellen Gewalt, die die SVP gegenüber diesen Menschen immer wieder äussert. Johann Widmer (SVP) formulierte, dass diese Menschen keinen Anspruch auf ihre Existenz hätten. Genau dafür wurde das Transgender Network gegründet. Immer wieder verbinden sie dieses Thema ungerechtfertigterweise mit Pädophilie. Sie wollen nicht verstehen, um was es wirklich geht. Das ist beschämend. Vom Ratspräsidenten wünsche ich mir abermals, dass in diesem Rat keine solche Gewalt stattfindet, da er die Macht hat, das Wort zu entziehen.

Stefan Urech (SVP): Wenn Sie die Website des Vereins betrachten, finden Sie Schritt-für-Schritt-Anleitungen für die Begleitung von Transitionen für Kinder in der Schule. Wenn man sich gegen die Transitionen von Minderjährigen äussert, bedeutet das nicht, dass man gegen deren Existenz ist. Der Staat soll diese Ideologie lediglich nicht mit öffentlichen Geldern unterstützen.

S. 443	55 5500 3636 00 189	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Verein Transgender Network Switzerland	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat				41 700 Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			41 700		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Wenn der Verein findet, dass er nötig sei, dann soll er privates Geld finden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Auch dieses Thema ist keine Staatsaufgabe. Wenn der Verein der Meinung ist, dass seine Tätigkeit wichtig ist, soll er sich private Sponsoren suchen. Das gehört nicht in die Staatsfinanzen.

Pärparim Avdili (FDP): Der Antrag ist unnötig. Er ist weisungsgebunden, darum spielt es keine Rolle, was wir hier darüber abstimmen. Darum lehnt ihn die Mehrheit ab.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Der Verein Liebi+ bietet Beratungen für die Themen Sexualität, Liebe, aber auch sexualisierte Gewalt für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen an. Diese Menschen sind um ein Vielfaches mehr von sexualisierter Gewalt betroffen. Hier hätte die SVP die Möglichkeit, sich gegen Gewalt einzusetzen, aber sie will den Betrag streichen. Das ist unsäglich.

Moritz Bögli (AL): Den deutlichen Worten von Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) möchte ich mich anschließen. Kurz möchte ich thematisieren, dass die SVP den Verein in der Diskussion der RPK als kulturzersetzend beschrieb. Dass solche Worte, die direkt aus dem Dritten Reich stammen, von einer Partei in diesem Rat benutzt werden, ist beschämend.

Samuel Balsiger (SVP): Eine Verbindung zwischen uns und dem Dritten Reich herzustellen, ist eine Verharmlosung des Holocausts. Da müsste der Präsident eingreifen. Die SVP hat keine Verbindung zu diesen zugrundeliegenden Ideologien.

S. 443	55 5500 3636 00 196	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Verein Liebi+	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				177 100 Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			177 100		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
			Begründung: Das sollen Private finanzieren, nicht die Stadt.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 107.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Das Zentrum Karl der Grosse vermietet Räume und betreibt ein Bistro. Dieses hat seine Öffnungszeiten gegenüber früher deutlich reduziert, die Anzahl Gäste sind mit dem Jahr 2019 vergleichbar, aber die Verkäufe sind rückläufig. Zugleich will das Bistro mehr Mitarbeitende, weil der Betrieb floriere. Das sieht eine Minderheit anders. Uns ist nicht klar, wieso bei reduzierten Öffnungszeiten und weniger Verkäufen, mehr Personal benötigt wird.

Barbara Wiesmann (SP): Mit der zusätzlichen 80 Prozent-Stelle, die mit dem Budget geschaffen wird, wird die Verlagerung von einer Aushilfs- zu einer Festanstellung vollzogen. Das macht sowohl für die Angestellten mit mehr Arbeitsplatzsicherheit als auch für

das Bistro mit mehr Planungssicherheit Sinn. Darum lehnt die Mehrheit der RPK den Kürzungsantrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Das stimmt nicht, Barbara Wiesmann (SP). Es wird eine neue Stelle geschaffen. Die befristete Stelle war eine Krankheitsvertretung für eine Person, die im aktuellen Bestand ausfiel.

S. 464	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				85 374 100 647 900 N	Mehrheit Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			77 000		85 945 000	Minderheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Verzicht auf die zusätzlichen Stellen im Bistro des Zentrums Karl der Grosse

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 108.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Selina Walgis (Grüne): Entsprechend der Motion GR Nr. 2024/120 soll die Anpassung des Betreuungsschlüssels auf 600 statt bisher 690 Schüler*innen pro Schulsozialarbeitende vollzogen werden. Diese übernehmen in den Schulen der Stadt eine zentrale Aufgabe. Sie sind für Schüler*innen und ihre Familien da und beraten sie in herausfordernden Situationen in der Schule, der Freizeit oder zu Hause. Sie ermöglichen den Zugang zu einem breiten Unterstützungsangebot. Sie leisten wichtige Präventionsarbeit. Mit dem aktuellen Berechnungsschlüssel sind sie stark ausgelastet. Das ist nicht im Sinn der Kinder und Jugendlichen der Stadt. Der Stadtrat schreibt in der Antwort auf unsere Motion selbst, dass der Kanton Zürich den Gemeinden in seinem neuen Fachkonzept Schulsozialarbeit vom April 2024 einen Schlüssel von 600 Schüler*innen pro Stellenwert Schulsozialarbeit empfiehlt. Die neue Empfehlung soll nun umgesetzt werden, da sie aktuell nicht eingehalten wird.

Pärparim Avdili (FDP): Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen. Darum verstehe ich nicht, wieso das Anliegen im Budget debattiert wird, ohne dass dieses geprüft wurde. Die Diskussion zum Vorstoss soll abgewartet werden. Darum lehnt eine Minderheit den Antrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Tamara Bosshardt (SP): *Mit dieser Anpassung abzuwarten, ist keine überambitionierte, linke Idee, sondern eine realistische Empfehlung des Berufsverbands. Andere Gemeinden verfolgen einen noch geringeren Betreuungsschlüssel. Hier geht es um die Umsetzung einer kantonalen Empfehlung und es muss nicht auf den Stadtrat gewartet werden.*

S. 464	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108.	Antrag Stadtrat				85 374 100 647 900 N	Minderheit Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				1 200 000	87 222 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Anpassung des Betreuungsschlüssels auf 600 Schüler*innen pro Stellenwert Schulsozialarbeit (SSA), gemäss Motion GR Nr. 2024/120 (Anpassung Berechnungsschlüssel SSA)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): *Der vorliegende Antrag ist ein Begleitpostulat zur Budgetdebatte aus dem Jahr 2023 zu organisatorischen und finanziellen Aspekten der Zwischennutzung. Die Zweijahresfrist zum Stand der Prüfung läuft bald ab, aber das Warten hat ein Ende. Eine gesetzliche Grundlage ist in Vorbereitung, mit der das Anliegen des Postulats bearbeitet wird. Darum wird hier zum letzten Mal ein Antrag auf Einnahmeverzicht gestellt, obwohl das die Raumbörse nicht explizit forderte. Der Antrag Raum für klassische Zwischennutzungen von Liegenschaften soll offen gehalten werden. Die Abgabe der Räume soll über die Gebrauchsleihverträge mit dem Betrag von 35 Franken pro Quadratmeter erfolgen. Das ist der Quadratmeterpreis, der den Energie- und Herrichtungskosten entspricht. Der Betrag fällt aufgrund des aktuellen Portfolios im Vergleich zum letzten Jahr tiefer aus. Für die Zentralwäscherei gibt es laut Gemeinderatsbeschluss einen Einnahmeverzicht, der hier nicht inkludiert ist. Ebenso nicht inkludiert ist die Raumbörse Manegg, die tiefere Quadratmeterpreise vorweist. Eingerechnet sind die Zwischennutzungen Sihlquai, Kasernenareal sowie grössere Zwischennutzungen wie die Langstrasse 21.*

Pärparim Avdili (FDP): Mit diesem Antrag soll die eigene politische Klientel subventioniert werden. Das lehnen wir ab.

S. 468	55 5550 4480 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Mietzinse von gemieteten Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				-1 613 000	Mehrheit
				250 000	-1 363 000	Minderheit
						Enthaltung
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
						Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
						Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Um Raum für klassische Zwischennutzungen von Liegenschaften offen zu halten und sie von kommerziellen, zeitlich befristeten Nutzungen abzugrenzen, soll u. a. die Abgabe der Räume über Gebrauchsleihverträge, d. h. mit tieferen Preisen / m ² als aktuell vermietet werden. Da die Forderung des Postulats GR Nr. 2022/614 nach wie vor nicht umgesetzt beziehungsweise eine Grundlage erst in Vorbereitung ist, soll für das Jahr 2025 nochmals ein Einnahmeverzicht budgetiert werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Persönliche Erklärungen:

Lisa Diggelmann (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Debattenkultur und zur Sitzungsleitung durch das Ratspräsidium.

Stefan Urech (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Debattenkultur.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Debattenkultur und zu linker Gewalt in der Stadt Zürich.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Schlussdebatte

Florian Utz (SP): Nun können alle Parteien das Stimmverhalten der anderen Fraktionen kommentieren. Lange diskutierten wir über die Sugus-Häuser. Bei dieser Budgetdebatte sagte die FDP klar, dass das Verhalten von Regina Bachmann inakzeptabel sei. Gleichzeitig hören wir von den Freisinnigen auch, dass es keine gesetzlichen Änderungen benötige und wenn, dann höchstens weitere Liberalisierungen. Darum möchte ich nur eine Frage an die FDP richten: Weshalb will sie, dass etwas Inakzeptables weiterhin akzeptiert wird? Die SVP arbeitete fleissig daran, sich selbst zu demontieren. Das machte sie unter anderem mit der Forderung, dass die Stadt sämtliche Liegenschaften verkaufen soll, da sie keine Wohnungen besitzen soll. Gleichzeitig lanciert die SVP eine Volksinitiative, die einen Anteil von 20 Prozent an städtischen Alterswohnungen fordert. Da frage

ich mich, für wie dumm sie Seniorinnen und Senioren halten. Vielleicht hat die SVP aber auch die Stimmen dieser Wählergruppe aufgegeben, da sie die Gebühren der Alterszentren massiv erhöhen will. Über die Die Mitte ist es schwierig, herzufallen, da sie sich hinter der GLP versteckte. Darum komme ich direkt zur Letzteren. Sie hat ein grosses Thema entdeckt: die Frage, ob die «Fringe-Benefits» auf dem zentralen Konto A oder auf den dezentralen Konti B und C budgetiert werden. Sie sorgten zudem mit einer Fraktionserklärung, die im Titel sowie in weiten Teilen der Erklärung um einen Antrag geht, der ersatzlos zurückgezogen wird, für eine Premiere. Mit der Grünen-Fraktion ging ich im letzten Jahr hart ins Gericht. Da gebe ich zu, dass mein Kontingent für Schimpf und Schande für zwei Budgetdebatten aufgebraucht wurde. Darum verzichte ich dieses Jahr darauf, obwohl man bei der Debatte ums Wohnen weiter hätte gehen können. Es ist aber legitim, dass innerhalb der linken Parteien unterschiedliche Meinungen herrschen. Die AL verkörperte in dieser Budgetdebatte zwei unterschiedliche Haltungen und ist eine Meisterin der Widersprüche geworden. Diese Partei sieht sich gerne als «Anti-Establishment», liess sich aber von ziemlich jeder Lobby in dieser Budgetdebatte vor den Karren spannen und forderte mehr Geld für alle möglichen Vereine. Oft brachte die SP dieselben Themen vor wie die AL, aber weil meine Partei «deren grosser Bruder» ist, musste sie natürlich aus Prinzip dagegen stimmen. Den Grünen und der AL bin ich aber versöhnlich gestimmt, weil wir beim Wohnen einen wunderbaren Kompromiss gefunden haben, um einen grossen Schritt in die richtige Richtung zu machen. In diesem Sinn möchte ich ihnen für die konstruktive Zusammenarbeit danken. Mit diesem einen Antrag konnten wir ein wichtiges Thema anpacken. Hier bin ich froh um die Signale des Stadtrats, der meinte, dass der Antrag ernst genommen wird. Auch sonst konnten wir einige wichtige Punkte für Betroffene erreichen, wie die Veloförderung und den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit. Den Antrag zu den Lärmblitzern würde ich sofort umsetzen. Ich danke allen für die Zusammenarbeit.

Përparim Avdili (FDP): Zwei intensive Tage liegen hinter uns. Im Gegensatz zum letzten Jahr wurde nicht filibustert im Gemeinderat, da nicht alle der linken Ratsseite bis zum Schluss anwesend waren. Die Ausgabenbremse konnte oft nicht geknackt werden, was zeigt, wie wenig eigentlich zum Treffen von vernünftigen Entscheidungen fehlt. Von den Fraktionen konnte ich verschiedene Erkenntnisse mitnehmen. So zur AL, die uns vermittelte, dass sie Konzerte von Taylor Swift und anderen hoch kommerzialisierten Auftritten weiter subventionieren möchte, da Sicherheitskosten nicht in Rechnung gestellt werden sollen und dass das Vernichten anderer Menschen anscheinend Teil ihrer Werte ist. Das sind aber nicht die Werte der Stadt und die Partei ist fehl am Platz in diesem Gemeinderat. Sie schafft es nicht, die von ihr angestrebte Unruhe in der rot-grünen Wohlfühloase auszulösen. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich die Partei bald dezimiert und der Rest dann in die SP eingeht. Bei der genderspezifischen Rechnungsanalyse haben wir erfahren, dass die GLP-Fraktion Mädchen in der Turnhalle und Jungs auf dem Fussballplatz sieht. Offenbar gibt es ein klares Geschlechterrollenverständnis bei ihr. Die SVP hat unzählige Stellen bekämpft, aber auch verbale Fehlgriffe wurden kämpferisch verteidigt. Was mich besonders störte, war, dass einem eingebürgerten Gemeinderat das Recht abgesprochen wurde, ein anderes Staatsoberhaupt mit dunkler Vergangenheit zu kritisieren. Das geht in unserer Demokratie nicht. Befriedigenderweise durfte ich zur Kenntnis nehmen, dass STR Daniel Leupi, der Vorsteher des Finanzdepartements, eingestehen musste, dass die Grundstückgewinnsteuer zu tief budgetiert wurde. So wurde unser Antrag vom gesamten Rat überwiesen. Die Budgetdebatte begann mit den Fraktionserklärungen. Dort meinte die SP, dass es höchste Zeit sei, mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Ihre einseitige, mehrminütige Fraktionserklärung wurde mit zwei von 110 Anträgen untermauert. Im ersten Antrag wurden 100 zusätzliche «Milli-önli» gefordert, mit der man 60–100 Wohnungen kaufen kann. Das macht auf den gesamten städtischen Bestand von 234 000 Wohnungen wenig aus. Am liebsten sollen damit die Sugus-Häuser gekauft werden. Da die Stadt immer den Höchstpreis bietet,

macht man damit Regina Bachmann ein Millionengeschenk. Zusätzlich forderte die SP, dass die Stadt weder Liegenschaften verkaufen noch tauschen dürfen sollte, egal ob sie Wohnraum bieten oder nicht. Glücklicherweise wurde dieser Antrag abgelehnt. Daran merkt man, dass der SP die Rezepte zur Bekämpfung der Wohnbauproblematik ausgegangen sind. Wenn man diese Thematik so gross ankündigt und dann solch mickrige Anträge zur Lösung des Wohnproblems beibringt, wird klar, dass die Partei mit ihrem Latein am Ende ist. Insgesamt müssen wir feststellen, dass die Parlamentsmehrheit zwar aus drei Parteien besteht, sie aber einen Einheitsbrei darstellen. Dass sie alle dieselben Ideen verfolgen und es eigentlich ein Etikettenschwindel ist, haben wir in dieser Budgetdebatte gemerkt. Die FDP wird sich weiterhin für die Menschen einsetzen, die sich früh den Wecker stellen und zur Arbeit gehen. Darum werden wir uns weiterhin gegen das ungebremste Staatswachstum wehren, das den Fortschritt unserer schönen Stadt verhindern möchte und sie damit gefährdet. Die FDP wird das Budget ablehnen.

Jürg Rauser (Grüne): *Bei der Budgetdebatte ist es immer wieder so, dass die Wichtigkeit des Antrags, die Zeit oder das Geld nicht kongruent sind. So erlauben es die sich plötzlich verlängernden Redelisten bei einem Thema, ab und an eine Rauch- oder Kaffeepause einzulegen. Das wichtigste Thema war das Wohnen, auch wenn es die Redezeit nicht vermuten lässt. Hoffentlich zeigen die getroffenen Massnahmen Wirkung. Die Stadt investierte bereits in den letzten Jahren in unzählige Wohnungen. Mit dem gesprochenen Beitrag kann das hoffentlich weitergehen. Über die Wirkung kann man unterschiedlicher Meinungen sein, die in dieser Diskussion unterschiedlich differenziert ausgeführt wurden. Die Privatinvestoren sind ausserordentlich kapitalkräftig und zahlreich, da der Mietzins, der in der Stadt gilt, zu einem weiten Teil nichts mit den effektiven Kosten zu tun hat, sondern dem Marktpreis entspricht. Dieser erlaubt zurzeit fast alles. Darum ist es sehr schwer, dagegen anzukämpfen. In gewissen Bereichen kann man machen, was man will. Darum sind wir auf die Hilfe von anderen Instrumenten auf nationaler und kantonaler Ebene angewiesen. In vielen Bereichen konnten wir Akzente setzen. Darum ist es aus unserer Sicht ein gutes Budget. In den Themen Gleichstellung und Chancengleichheit ist besonders die geschlechterspezifische Rechnungsanalyse wichtig. Von dieser erhoffen wir uns aufschlussreiche Zahlen und Fakten für künftige Budgetdebatten. Anhand der letzten diskutierten Anträge ist das dringend nötig. Die Stellen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) konnten wir erweitern und die Frauen- und Mädchenhäuser gefördert werden, genauso wie Mädchensport. Zu Beginn der Debatte wurde die humanitäre Hilfe und Unterstützung von Entwicklungsländern diskutiert, die der allgemeinen Steigerung der Steuereinnahmen angepasst werden konnte. So wollte es die Volksinitiative, die vor ein paar Jahren angenommen wurde. Zum Schluss wurde eine Antisemitismusstelle geschaffen. Über die Zustimmung zu diesem Antrag bin ich sehr froh. Beim jährlichen Antrag zum Sozialinspektorat konnten wir keine Mehrheit finden. Zur Photovoltaik konnten wir einen Kompromiss finden, aber wir wollen zusätzlichen Druck auf die Umsetzung ausüben. Ähnlich ist es bei den Velorouten, die oft durch Rekurse blockiert werden. Durch die zusätzlichen Stellen im Rechtsdienst soll Abhilfe geschaffen werden. Bezüglich Lärmblitzern: Das ist eine Lärmschutzmassnahme, die nicht mit Tempo 30 erreicht werden soll. Die Debatte ist phasenweise entgleist. Das ist äusserst bedauerlich. Es ist schön, dass auf linker Seite Kompromisse gefunden und Mehrheiten geschaffen werden konnten, auch wenn sie knapp waren. Die komplette Mehrheit fehlte zum Schluss leider oft wegen krankheitsbedingten Abwesenheiten. Noch schöner ist es, wenn die Mehrheit nicht so knapp ist und auch mit den anderen Parteien Kompromisse gefunden werden können. Darum ist das Budget mehrheitsfähig.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wir sprechen hier von einem Budget von elf Milliarden Franken. Über die grössten Beträge haben wir gar nicht diskutiert, deswegen konnte man kaum Akzente setzen, wenn dann nur Nuancen. Die 100 Millionen Franken zu den Liegenschaften werden kaum Einfluss haben, da sie die Investitionsstrategie und Politik*

des Stadtrats nicht verändern werden. Das Budget wurde laut meinen Schätzungen nur um fünf Millionen Franken verändert. Es ist schade, dass wir nicht nur eine links-rechts Debatte führten. Leider haben sich AL, Grüne und SP wochenlang im Hintergrund gestritten, sodass es schlussendlich Mehrheiten mit 63 Stimmen gab. Das kann man machen, aber zeigt auch, dass die Differenzierung nicht mehr so gross ist. Schlussendlich haben alle Parteien im einen oder anderen Themengebiet recht. Es bleiben mir aber einige Dinge unklar. Wir hatten einige Probleme mit Zahlen. Dem Budget stimmen wir zu, da es das Budget ist, das vom Stadtrat vorgeschlagen wurde. Grosse Veränderungen haben wir nicht vorgenommen und die Grösste wird vom Stadtrat ignoriert werden.

Johann Widmer (SVP): Bei den ersten beiden Voten meinte ich, es wäre eine Samichlaus-Runde. Bleiben wir bei den Fakten: Links-grün kauft Wähler auf Kosten der Steuerzahler. Das sah man deutlich. Seit sie mit einer absoluten Mehrheit in der Verantwortung sind, explodieren die Ausgaben der Stadt. Bis ins Jahr 2022 stieg das Budget um 100–200 Millionen Franken jährlich. In der Legislaturperiode 2022–2026 steigen die Ausgaben mit 800 Millionen Franken pro Jahr sprunghaft in die Höhe. Der Grund für die entfesselte Ausgabenpolitik besteht darin, dass die Linke sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat die absolute Mehrheit hat und dass die Ausgabenbremse regelmässig verhindert und damit wirkungslos wird. Die links-grüne Mehrheit trägt die alleinige Verantwortung für die masslose Verschlechterung der Steuergelder. Hört auf, Geld zu verschleudern, das der Stadtrat gar nicht will. Dessen Budget wird von der linken Seite jährlich um mehrere 100 Millionen Franken verschlechtert, für Massnahmen, die in ihrer Wirkung fragwürdig sind. Dahinter steht die klare Absicht, sich Stimmen für die Erneuerungswahlen 2026 zu kaufen. Es geht nicht ums Wohl der Bevölkerung oder die Schaffung von Wohlstand für alle – es soll lediglich die linke Klientel bedient werden, wie in vielen Beispielen klar wird. Ein solches Treiben ist verantwortungslos. Mit keinem Wort wird erwähnt, was die Folgen dieser Plünderungssorgie der Staatskasse sind. Die unpopuläre Nachricht muss dann die SVP überbringen. Die SVP zeigte in dieser Budgetdebatte exemplarisch auf, wie man sparen könnte, ohne dass die Qualität der staatlichen Leistungen beeinträchtigt würde. Sie fordert auch eine konsequente Verschlinkung der Verwaltung und das Herausstreichen aller unnötigen Ausgaben. Eine Verlangsamung der Investitionstätigkeiten in den Bereichen Klimaschutz, Tagesschulbauten und im Sozialwesen würde die finanzielle Lage entspannen und eine Steuersenkung von 7 Prozent zulassen. Dass es die Grünen nicht einmal mit einer Solaroffensive ernst meinen, zeigte, dass sie die lächerlichen 10 000 Kilowattpeak forderten, statt unseren 50 000 Kilowattpeak zuzustimmen. Auch wenn zukünftig eine bürgerliche Mehrheit im Parlament sitzen würde, würde es Jahre dauern, die angerichteten Schäden wieder zu beheben.

Christian Traber (Die Mitte): In der Fraktionserklärung meinten wir, dass der Stadtrat ein solides Budget vorgelegt hat. Die Mehrheitsanträge hatten durchaus einen links-grünen «Touch». Grundsätzlich sind wir mit dem Budget einverstanden, aber es enthält eine gewisse Gefahr. Die Debatte verlief erwartungsgemäss. Betragsmässig ergaben sich keine grossen Unterschiede. Generell werden die Argumente nicht besser, wenn die SVP bei jedem zweiten Vorstoss die Masseneinwanderung aufbringt. Von linker Seite war speziell, dass Mehrausgaben gefordert wurden, die der Stadtrat gar nicht möchte. Das tragen wir nicht mit. Auch der Vorsteher des Finanzdepartements erwähnte einige Male, dass er die links-grünen Anträge nicht verstehe. Das Hauptthema Wohnen war auch für uns wichtig. Hierzu gab es einige interessante Voten. Es gibt kein Patentrezept, benötigt aber alle Player und nicht nur städtische Gelder. Die Rahmenbedingungen für einfaches Bauen müssen generell angepasst werden, um das Problem zu lösen. Abschliessend kann ich sagen, dass wir dem Budget zustimmen werden, wenn auch nicht euphorisch. Die Entwicklung, dass so viele Abstimmungen mit einer sehr knappen Mehrheit von 63 Stimmen gewonnen werden und die Ausgabenbremse so überwunden wird, bereitet mir Sorgen. Da wünsche ich mir, dass die Minderheiten beachtet werden

und dann bei der Umsetzung Rücksicht genommen wird. Es fehlt mir oft der Menschenverstand oder das kompromissorientierte Eingehen auf gewisse Betroffenheit.

Tanja Maag (AL): Insgesamt bleibt uns von dieser Budgetdebatte eine oft formalistische Sicht auf Anträge und ein schaler Beigeschmack von den nicht aufgehenden, rassistischen und sexistischen Voten von Seiten der SVP. Alle ihre Anträge sind aus der Luft gegriffen und sie schaffen es nicht, eine Begründung zu schreiben, ohne präkarisierte Menschen zu diffamieren oder geringzuschätzen. Die Mitte ist eben die Mitte und sieht keinen Bedarf für die Budgetbehandlung – so drückt sie sich vor Entscheidungen. Die GLP hat aus unserer Sicht ausser Transparenzbegehren kein klares Profil gezeigt, weder in der Schullandschaft, wie auch in sozialen Fragen. Sven Sobernheim (GLP) hat mit seinem Votum zu häuslicher Gewalt einiges wiedergutmacht. Die Differenz zwischen SP und AL wurde als kleiner eingeschätzt als sie effektiv ist. Wir sind glücklicherweise nicht mit ihr verwandt. Es gab ein Ringen darum, wegen grosser inhaltlicher Differenzen die gegenseitige Unterstützung nicht zu vergessen. Wir sind froh, dass wir beim Thema Liegenschaftenkäufe dann einen Kompromiss gefunden haben. So konnten wir ein wichtiges Zeichen nach aussen setzen, sind aber auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir unsere Position an den richtigen Orten gehalten haben. Die Grünen sorgten nicht für überraschende Momente. Auf weiten Strecken waren wir gemeinsam unterwegs. Die FDP hat sich mit ihrer Stossrichtung gegen integrative Schule entblösst. Ihr Stadtrat sollte sich seiner Rollen besser bewusst werden. Ansonsten beschränkten sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf das Hochbaudepartement. Mit Genugtuung stellen wir fest, dass der Vorsteher des Sozialdepartements unser Anliegen an die Adresse der AOZ einordnen konnte und das entsprechende Postulat überwiesen werden konnte. Leider wurde für den zugehörigen Betrag das Quorum der Ausgabenbremse auch wegen wiederholter Abstimmungen nicht erreicht. Eine Grundlage für den sprachlichen Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen konnte geschaffen werden. Die Beträge, die wir heute im Budget gesprochen haben, sind im Vergleich zur Gesamtsumme zu relativieren. Darum muss man sich um die einzelnen An- und Beträge nicht wahnsinnig empören.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Aus Gewohnheit machte ich Notizen zu den lustigsten Sprüchen, die gefallen sind, aber gegen Ende der Diskussion kam mir die Lust dazu abhanden. Wie immer habe ich viel gelernt und vieles hat mich berührt. So bspw. letzteres als der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements meinte, dass niemand auf ihn höre. Im Stadtrat wird ihm zugehört und es werden ihm keine Stellen aufgedrückt. Die FDP stellte weder in den Jahren 2021 noch 2022 einen Antrag zur Gewinnsteuer und lag im Jahr 2023 tatsächlich nur knapp daneben. Das nimmt sie als Anlass, den Antrag in ihren Worten «aus Tradition» zu stellen und sich als immer richtig liegend zu bezeichnen. Dem würde ich so nicht zustimmen. Pärparim Avdili (FDP) meinte, dass die Stadt schön sei, wie sie ist. Das stimmt, aber man kann sie immer noch schöner machen. Sie ist u.a. mit unserem aktuellen Steuerfuss schön. In der Diskussion fehlte mir der Zusammenhang zu den Investitionen. Diese steigen in den nächsten Jahren stark an, darum wollen wir an diesem Steuerfuss festhalten. Eine Senkung würde die Fremdverschuldung klar erhöhen. Die 100 Millionen Franken für Liegenschaftserwerb nahm ich zur Kenntnis, aber sie werden die Machbarkeit in Hinblick auf die weitere Verschuldung nicht beeinflussen. Die Erfolgsrechnung wurde in der Gesamtbilanz um 39,2 Millionen Franken von minus 244,8 Millionen Franken auf minus 205,56 Millionen Franken verbessert. Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens haben sie um 100 Millionen Franken erhöht. Die Veränderung im Verwaltungsvermögen sind im Promillebereich. Das beschliesst die Budgetdebatte. Ich bedanke mich bei den Zuständigen der Finanzverwaltung und des Human Resources Management (HRZ), die diese Budgetdebatte begleitet haben.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Dispositivziffer 2:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Stadtrat hat 40 Millionen Franken für die städtischen Lohnmassnahmen beschlossen. Mit der Dispositivziffer 2 geben wir ihm die Kompetenz, diese zu verteilen. Die RPK empfiehlt einstimmig deren Annahme.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Referat: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
-------------	---

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass sich der stadträtliche Antrag mit einem Steuerfuss von 119 Prozent gut bewährt hat. Er scheint die Stadt als verlässlicher Steuerfuss attraktiv gemacht zu haben. Es besteht grosses Interesse von Unternehmen, auch mit den jetzigen Konditionen in unsere Stadt zu ziehen. Das zeigt, dass es keinen besonderen Handlungsbedarf gibt. Verständlicherweise kann man trotzdem Änderungen vornehmen, man muss sich einfach fragen, wer zahlt und wer profitiert. Die 8 Prozent der meistverdienenden natürlichen Personen bekämen mit einer Steuersenkung von 3 Prozent 38 Prozent der Erleichterung und Unternehmen, die mehr als zehn Millionen Franken Gewinn machen, bekommen weiterhin 29 Prozent der Steuererleichterung. Kombiniert sind das mehr als zwei Drittel der Steuersenkung. Der überwiegende Teil der Bevölkerung und alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) kombiniert erhalten weniger als einen Drittel der Steuersenkung. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass eine Medianperson in Zürich nur 47 Franken profitieren kann. Weiter zu berücksichtigen sind weiterführende Effekte. Mieten werden um mehr als diese 47 Franken jährlich steigen. Darum ist die Steuersenkung für den Mittelstand ein Verlustgeschäft. Die Stadt würde 64,2 Millionen Franken weniger einnehmen. Dieses Geld fehlt dann, um den Mittelstand und ärmere Menschen gezielt zu entlasten. Diese Entlastungsmassnahmen bringen der Bevölkerung mehr als eine Steuerfussenkung. Über die*

Massnahmen an sich sind sich die linken Parteien nicht zu 100 Prozent einig. Die Bürgerlichen fordern aber nicht nur eine Steuersenkung, sondern parallel höhere Gebühren beispielsweise für Alterszentren, was sozusagen Gegenmassnahmen zur Steuersenkung sind.

Kommissionsminderheit 1 Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Përparim Avdili (FDP): *Diejenigen, die von einer Steuersenkung profitieren, verdienen nicht nur viel, sondern zahlen auch einiges. Das ist die Logik dahinter und finanziell möglich, auch wenn STR Daniel Leupi die Steuersenkung nicht so einschätzt. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Rechnung immer besser abschliesst als budgetiert. Wir wollen, dass das im Budget berücksichtigt und entsprechend angepasst wird. Die Differenzen zwischen dem budgetierten und dem tatsächlichen Ergebnis sind mit den entstehenden Überschüssen gewaltig. Das wären eigentlich mehr Steuerprozent als nur 3 Prozente. Diese könnte die Stadt längerfristig mittragen. Zudem werden wir mit diesem Budget konkret 30 Millionen Franken Grundstückgewinnsteuern erhalten und die Personalkosten werden um 20 Millionen Franken gesenkt. Allein mit diesen beiden Punkten kommen wir auf eine Senkung von 50 Millionen Franken. Die Steuersenkung wäre also möglich. Gleichzeitig könnte der Schuldenberg abgebaut werden, den wir kritisieren. Darum stellen wir einen Antrag auf einen Steuerfuss von 116 Prozent. Der andere Grund ist, dass eine Einnahmenkürzung der Stadt durchgeführt werden muss. Das ist zwingend notwendig, damit der Gemeinderat nicht weiterhin auf die Idee kommt, das überschüssige Geld, das nicht im Budget vorgesehen ist, für Unnützes einzusetzen.*

Kommissionsminderheit 2 Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Johann Widmer (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück: *Es ist schade, dass die Bürgerlichen mit den 3 Prozent so zögerlich sind. Wir verlangen 7 Prozent. Politikern muss das Geld weggenommen werden. Was ihr mit dem Steuergeld macht, hat die Budgetdebatte gezeigt. Das Geld der Steuerzahler soll vorsichtig ausgegeben werden. Aus Vernunftgründen schwenken wir zähneknirschend zum Antrag der FDP.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Bereits im September liess der Stadtrat darauf schliessen, dass die Rechnung 2024 positiv ausfallen wird. Im Schnitt der letzten 16 Jahre war das Budget immer um 180 Millionen Franken schlechter als die Rechnung. Dazu zählen auch die beiden Taucherjahre. Es ist wahrscheinlich, dass die Rechnung 2025 auch wieder sehr positiv ausfallen wird. Dadurch ist offensichtlich, dass wir uns die Steuerfussenkung über mehrere Jahre leisten können – unabhängig davon, ob die Unternehmenssteuerreformsenkung im Kanton durchkommt und selbst wenn man die Grundstücksgewinnsteuer anpasst. Sie wollen die Steuersenkung nicht und betreiben Schwarzmalerei, um Eigenkapital zu häufen. Ich sehe nicht, wo sie noch mehr in dieser Stadt investieren wollen. Die 116 Prozent Steuerfuss werden kein Problem sein.*

Felix Moser (Grüne): *In der Stadt wird mit zwei Milliarden Franken pro Jahr viel investiert. All die Projekte müssen finanziert werden. Vor Kurzem waren es nur eine Milliarde Franken. Der Vergleich zeigt also eine deutliche Zunahme. Darum kommen wir zum Schluss, dass der Steuerfuss nicht gesenkt werden soll.*

Tanja Maag (AL): Für die AL kommt eine Steuersenkung nicht in Frage. Es besteht kein Anlass, die Aufwände für städtische Dienstleistungen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Asylwesen und Unterhalt der Infrastruktur im Hinblick auf den grossen Bedarf in den Planjahren durch Steuerentzüge zu schwächen. Für einen grossen Prozentsatz der Haushalte wären die Entlastungen sehr überschaubar. Flankierende Massnahmen mit gezielten Entlastungen zur Verfügung zu stellen, sind für präkarisierte und arme Menschen viel zielführender. Wir wollen keine Steuergeschenke für Vermögen, keine Steuerentlastung für den steigenden Anteil an hohem Einkommen und keine Abhängigkeit von der Grundstückgewinnsteuer schaffen. Der Ausgang zur geplanten Senkung der Unternehmensgewinnsteuern ist noch ungewiss und somit ein Argument gegen die Steuerfussenkung.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP unterstützt einen stabilen Steuerfuss. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass man diesen senken kann. Das wäre seit mehreren Jahren möglich, wie die Rechnungsergebnisse zeigen. Wir müssten uns nicht einmal einschränken, da wir bereits jetzt viel investieren und ein Wunschkonzert an Dingen erfüllen. Es wäre ein schönes Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, den Steuerfuss zu senken und ihnen etwas zurückzugeben. Uns ist bewusst, dass die Ärmsten davon nicht profitieren. Für diese wird aber bereits viel gemacht und ich bin der Meinung, dass man auch den anderen etwas zurückgeben kann.

Barbara Wiesmann (SP): Die Stadt Zürich ist attraktiv. Wir haben nicht das Problem, dass die wohlhabenden Menschen Zürich verlassen, sondern dass Wenigverdienende verdrängt werden. Statt Steuersenkungen könnte man Massnahmen gegen einen Kaufkraftverlust ergreifen. Das wäre effektiver.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Beim Dank vergass ich zuvor das Ratspräsidium und die Parlaments- sowie Ratsdienste. Die Rechnung des Jahres 2024 wird positiv ausfallen. Trotz allem gibt es gute Gründe, den Steuerfuss nicht zu senken, auch wenn es die Erfolgsrechnung naheliegen lässt. Die Investitionsseite der nächsten Jahre wurde in der Diskussion komplett ausgeblendet. Sie steigt überall an und das Parlament verlangt, dass überall mit Vollgas investiert wird. Sie erhöhen mit einer Steuersenkung die Verschuldung der Stadt. Wenn das ignoriert wird, hat man einen einseitigen Blick auf den Gesamthaushalt. Die Stadt ist keine Steuerhölle, sonst hätten wir keine Zuwanderung. Im Hinblick darauf, dass der Kanton uns womöglich Steuereinnahmen nehmen wird, ist es nicht empfehlenswert, den Steuerfuss zu senken.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Die Angst vor dem Fremdkapital, die STR Daniel Leupi hat, teile ich nicht. Unsere Wirtschaft prosperiert und lebt davon. Wir sind der Ansicht, dass der Staat kein Fremdkapital aufnehmen soll und darum können wir uns die Steuersenkung trotz Investitionen leisten.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 449116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 449112 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit:	Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit 1:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Markus Haselbach (Die Mitte)
Minderheit 2:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Johann Widmer (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Änderungsantrag und Schlussabstimmung neue Dispositivziffer 4:

Dr. Florian Blättler (SP): Die einstimmige RPK beantragt, den Globalbudgetantrag betreffend die Einführung der Steuergrösse zur Ausweisung des Anlagedeckungsgrads im Elektrizitätswerk Zürich (ewz) abzuschreiben.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 4:

4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2023/564, von Beat Oberholzer (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 6. Dezember 2023 betreffend Einführung einer Steuergrösse zur Ausweisung des Anlagedeckungsgrads in den entscheidenden Produktgruppen des ewz, wird als erledigt abgeschrieben.

Zustimmung: Referat: Dr. Florian Blättler (SP); Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Dr. Florian Blättler (SP); Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung neue Dispositivziffer 5:

Sven Sobernheim (GLP): Die Mehrheit der RPK ist damit einverstanden, diesen Punkt abzuschreiben, da er als erledigt betrachtet werden kann.

Kommisionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung neue Dispositivziffer 5:

Florian Utz (SP): Die Minderheit der RPK ist mit der Abschreibung nicht einverstanden. Die Einführung der Steuergrösse ist mitnichten erledigt.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 5:

5. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2024/44, von Lisa Diggelmann (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 31. Januar 2024 betreffend Globalbudget des Stadtspitals Zürich, Einführung neuer Steuerungsgrössen betreffend die teilzeitarbeitende Ärzteschaft mit einem Pensum von 80 Prozent oder tiefer und Festlegung des Werts auf jeweils mindestens 20 Prozent, wird als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 5:

5. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2024/44, von Lisa Diggelmann (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 31. Januar 2024 betreffend Globalbudget des Stadtspitals Zürich, Einführung neuer Steuerungsgrössen betreffend die teilzeitarbeitende Ärzteschaft mit einem Pensum von 80 Prozent oder tiefer und Festlegung des Werts auf jeweils mindestens 20 Prozent, wird nicht abgeschrieben.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)

Minderheit: Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Enthaltung: Tanja Maag (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 54 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 5.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
Minderheit:	Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
Enthaltung:	Tanja Maag (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 54 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 40 668 000.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2025 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2023/564, von Beat Oberholzer (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 6. Dezember 2023 betreffend Einführung einer Steuerungsgrösse zur Ausweisung des Anlagedeckungsgrads in den entscheidenden Produktgruppen des ewz, wird als erledigt abgeschrieben.
5. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2024/44, von Lisa Diggelmann (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 31. Januar 2024 betreffend Globalbudget des Stadtspitals Zürich, Einführung neuer Steuerungsgrössen betreffend die teilzeitarbeitende Ärzteschaft mit einem Pensum von 80 Prozent oder tiefer und Festlegung des Werts auf jeweils mindestens 20 Prozent, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 18. Dezember 2024, 17.00 Uhr